

Newsletter

Newsletter der Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft
Juni 2010

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Volksentscheid zur Primarschule – Jede Stimme zählt!

Von Dora Heyenn

Die Briefwahlunterlagen zum Volksentscheid zur Primarschule sind versandt. Die Schülerinnen und Schüler haben trotz aller Hürden, die von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern und nicht zuletzt auch von der Öffentlichkeit aufgebaut wurden, eindrucksvoll demonstriert. Auf der Schulverbesserer-Parade kam deutlich zum Ausdruck: Es geht um die Kinder. DIE LINKE war mit ihrem Mo-

ein einheitliches Schulsystem zum Erfolg zu bringen. Es reicht nicht, dass jeder von uns seine Wahlunterlagen ausfüllt und abschickt – wir müssen andere davon überzeugen, es auch zu tun. Wir müssen möglichst viele aus der Nachbarschaft und dem Familien- und Bekanntenkreis motivieren, an der Briefwahl teilzunehmen. Das ist ein hartes Stück Arbeit, aber es ist die Mühe wert.



tivwagen nicht zu übersehen und viele Mitglieder haben engagiert an der Parade und der Abschlusskundgebung teilgenommen.

Viele Veranstaltungen haben bereits stattgefunden und bis zum 18. Juli werden weitere Termine in allen Stadtteilen wahrgenommen. Steckaktionen laufen auf Hochtouren und überall in der Stadt werden Infostände aufgestellt. DIE LINKE ist sichtbar – unsere Mitglieder sind mit großem Einsatz dabei.

Aber zum zufriedenen Zurücklehnen gibt es keinen Grund. Jede Stimme zählt, weil wir jede Stimme brauchen um den Einstieg in

Der Weg zur Schule für alle führt in Hamburg über die sechsjährige Primarschule. Deshalb wirbt DIE LINKE – Partei und Fraktion – gemeinsam mit den anderen Bürger-schaftsparteien für sechs Jahre gemeinsames Lernen.

Unsere Argumente für die Primarschule findet ihr kurz und knapp in dem beigelegten Flyer „Gemeinsam länger lernen! Sag ja zur Primarschule“ und auf unserer Webseite zum Thema: www.linke-fuer-primarschule.de

Ich hoffe, wir haben nach dem 18. Juli das Ergebnis, um richtig feiern zu können.

Die Hamburger Museen – Kahlschlag statt Kultur für alle

Von Norbert Hackbusch

Während der Senat trotz Kostenexplosion die Elbphilharmonie ausgiebig gefeiert hat, hinterlässt er eine Schneise der Verwüstung in der Hamburger Museumslandschaft. Die Galerie der Gegenwart sollte geschlossen werden, angeblich um die Brandschutzklappen auszutauschen. Nach einem großen öffentlichen Aufschrei findet der Austausch der Klappen jetzt während des laufenden Betriebes statt. Doch die Hiobsbotschaften reißen nicht ab: die zwischenzeitlich geplante Schließung des Hafensemuseums für den Sommer, die Gerüchte um die Schließung des Museums der Arbeit in Barmbek und des Altonaer Museums. Auch bei dem Museum für Kunst und Gewerbe (MKG), dessen Gebäude für sehr viel Geld saniert wird, fehlt das Geld, um viele Abteilungen nach der Sanierung wieder einzurichten. Die nächsten Hiobs-Botschaften kommen bestimmt.

Es gibt es eine strukturelle Unterfinanzierung der Museen, die der Kulturbehörde seit Jahren bekannt ist. Nach der unvollständigen Entschuldung der Museen im Jahr 2007 haben sich neue Schuldenberge aufgebaut. Besonders betroffen sind die Stiftung Historischer Museen und die Kunsthalle. Gerade Sonderausstellungen drohen dem Defizit zum Opfer zu fallen, obwohl sie wichtig für ein lebendiges Museumsangebot sind. Alle Hamburger Museumsdirektoren betonen, dass ihre Museen gegenwärtig von der Substanz leben und weder die notwendigen Investitionen noch eine ausreichende wissenschaftliche Arbeit organisieren können.

Dramatisch wird die Situation, wenn der Senat darauf drängt, dass im Jahr 2010 eine „schwarze Null“ geschrieben werden soll: Dafür müssten die Museen ihre Aktivitäten und Angebote auf „Null“ runterfahren. Erhöhte Eintrittspreise, eingeschränkte Öffnungszeiten und eine Stellenreduzierung wären die Folge. Eine wirkliche Öffnung der Museen für alle HamburgerInnen – Kultur für alle mit kostenlosem Eintritt wie auch von der LINKEN gefordert – rückt dann erst recht in weite Ferne.

Die Kürzungsvorhaben des Senats drohen diese Dramatik noch zu steigern. Stoisch wird das Experten-Märchen von den „auskömmlichen“ Mitteln erzählt. Vergleiche mit anderen Städten zeigen jedoch, dass die Hamburger Museen ...

Fortsetzung auf Seite 2



Demokratisierung der Polizei:

Linksfraktion fordert unabhängigen Polizeibeauftragten

Von Bela Rogalla

Zur Fachtagung „Demokratisierung der Polizei“ am 29. Mai hatte die Fraktion WissenschaftlerInnen, RechtsanwältInnen sowie VertreterInnen von Bürgerrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen eingeladen.

Zwölf ExpertInnen diskutierten im Rathaus die Aufgaben und Befugnisse der Polizei, die notwendige verfassungskonforme Novellierung der Hamburger Polizeigesetze sowie die Forderung nach einer an den Menschenrechten orientierten Aus- und Fortbildung der Polizei. Die im Auftrag der Linksfraktion erstellten Gutachten zu den Hamburger Polizeigesetzen und ein Gutachten für das Deutsche Institut für Menschenrechte zur „Menschenrechtsbildung in der Polizei“, das die Implementierung eines „human-rights-mainstreaming“ in der Polizei forderte, wurden vorgestellt.

Fortsetzung von Seite 1

... keine Geldverschwender sind, sondern finanziell im Vergleich eher schwach ausgestattet sind. Die Kulturbehörde ist zudem nicht in der Lage, eine vernünftige Beziehung zu Beschäftigten und Freundeskreisen aufrechtzuerhalten. Dabei sind diese das wirkliche Rückgrat der Hamburgischen Museenlandschaft. Und so drohen die Museen in Hamburg, das Gedächtnis dieser Stadt, zu verkommen.

Der Antrag der Linksfraktion für die auskömmliche Finanzierung der Museen wurde am 2. Juni mit den Stimmen der CDU und GAL abgelehnt.

Analysiert wurden auch die 39 Gefahrengebiete in Hamburg, in denen die Polizei seit 2005 verdachtsunabhängige Kontrollen durchführt. Diese Sonderrechtszonen werden von der Polizei aufgrund ihrer eigenen „Lagekenntnisse“ festgelegt, um dort vorher festgelegte „Zielgruppen“ – beispielsweise „Jugendliche von 16 bis 25 Jahren in Gruppen von drei Personen“ oder „Personen, die augenscheinlich dem linken Spektrum zuzuordnen sind“ (Senatsantwort) – zu kontrollieren um Identitätsfeststellungen, Befragungen und Durchsuchungen durchzuführen und Platzverweise und Aufenthaltsverbote auszusprechen.

Ein weiteres Thema war die Konstruktion von „Gefährdern“, bei der massive Grundrechtseingriffe von der Polizei ohne gesetzliche Grundlage durchgeführt werden. Dabei wurde ausgeführt, dass die Exekutive sich selbst ermächtigt hat, den Begriff des Gefährders zu definieren, und dass Personen, die vom Staatsschutz als Gefährder eingestuft werden, teilweise jahrelang von der Polizei geheim observiert werden, sodass effektiver Rechtsschutz gegen die Maßnahmen nicht möglich ist.

Vertieft wurde das Thema „Rechtswidrige Polizeigewalt“. Die Anfragen von Christiane Schneider zum Thema sind brisant: von 2003 bis 2009 sind in Hamburg 2.066 Ermittlungsverfahren gegen 3.015 Polizeibedienstete wegen Körperverletzung im Amt geführt worden. Die Staatsanwaltschaft hat davon 13 Fälle angeklagt, eine Quote von 0,43 Prozent; von 2006 bis 2009 ist kein einziger Fall zur Anklage gebracht worden. Fast alle Verfah-

ren wurden gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, weil der Täter nicht zu ermitteln war oder die Beweismittel nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht ausreichten. In diesem Zusammenhang haben wir das Konzept der Demonstrationsbeobachtung und die Defizite der internen Kontrolle der Polizei diskutiert und sind der Frage nachgegangen, warum die Verfahren gegen Polizeibedienstete grundsätzlich eingestellt werden.

Die Frage, wie sich die Polizei effektiv und demokratisch kontrollieren lässt, bildete den Abschluss der Konferenz. „Wer den Sumpf trocken legen will, darf nicht die Frösche befragen“ – so wurden die Widerstände der Polizeigewerkschaften gegen die Polizeikommission, die unter dem CDU-Schill-FDP-Senat abgeschafft wurde, charakterisiert. Die im CDU-GAL-Koalitionsvertrag festgeschriebene „Zentralstelle für Transparenz und Bürgerrechte“, soll unterhalb der Senatskanzlei die Hamburger Behörden auf die Grundrechte hinweisen. Dabei wurde kritisiert, dass diese Stelle die Forderung nach einer unabhängigen Polizeikommission „verwässern“ würde. Christiane Schneider stellte für DIE LINKE klar, dass wir die Forderung von amnesty international und Humanistischer Union, einen unabhängigen Polizeibeauftragten einzurichten, als Beitrag zur Demokratisierung der Polizei unterstützen.

Ein ausführlicher Bericht über die Tagung befindet sich auf der Webseite der Linksfraktion unter:

<http://www.linksfraktion-hamburg.de>. Der Reader mit den Vorträgen der Fachleute erscheint im Herbst.

Abschiebehaft ist eine tödliche Falle!

Von Christiane Schneider, Mehmet Yildiz

Hamburg, das „Tor zur Welt“ – weltoffen, tolerant und multikulturell. Für Flüchtlinge gilt das nicht: Allein 2009 wurden 482 Menschen abgeschoben, darunter 19 Minderjährige und 21 Menschen, die 60 Jahre oder älter waren. Darüber hinaus wurden 226 Jugendlichen für volljährig erklärt und auf andere Bundesländer verteilt. Die inhumane Flüchtlingspolitik hat sich unter der CDU-GAL-Regierung nicht geändert. Wie die Linksfraktion herausgefunden hat, arbeitet die Ausländerbehörde nach wie vor mit Dienstanweisungen, die unter dem rechtspopulistischen Ex-Innensenator Ronald Barnabas Schill und Ex-Innensenator Udo Nagel, der unter Schill Polizeipräsident war, in Kraft getreten sind. Diese Anweisungen regeln unter anderem, dass auch kranke und suizidgefährdete Menschen abgeschoben werden.

Die unmenschliche Praxis der Abschiebehaft forderte innerhalb kurzer Zeit zwei Todesopfer: Am 7. März wurde der Flüchtling David M., der damals als minderjährig galt, nach langem Hungerstreik kurz vor seiner geplanten Abschiebung tot im Gefängnis-Krankenhaus aufgefunden. Die 34-jährige Indonesierin Yeni P. hat sich am 16. April in Haft erhängt. „Abschiebehaft ist eine tödliche Falle“, hatte der Bundesverband für minderjährige,

unbegleitete Flüchtlinge in seiner Stellungnahme zum Tod von David M. festgestellt.

Da die parlamentarische Opposition vom Senat von den Beratungen über mögliche Konsequenzen aus den Todesfällen und dem geplanten Runden Tisch ausgelassen wurde, bleibt fraglich, wie weit die vom CDU-GAL-Senat erklärte Bereitschaft zur Überprüfung auch struktureller Veränderungen tatsächlich reicht. DIE LINKE begrüßt die Ankündigung der Justizbehörde, die Bedingungen der Abschiebehaft zu überprüfen und zu verbessern. Die Innenbehörde hat zwar nach dem Suizid von David M., der sein Alter mit 17 angegeben hatte, zugesagt, auf die Abschiebehaft für Minderjährige zu verzichten. Darüber hinaus hat Innensenator Ahlhaus noch keine greifbare Bereitschaft erkennen lassen, die bisherige Praxis der Abschiebehaft weiter auf den Prüfstand zu stellen. Dass bis dato überhaupt Minderjährige in Abschiebehaft genommen wurden, ist ein Skandal. Hätte die Ausländerbehörde schon vorher darauf verzichtet, dann könnte David M. noch leben.

DIE LINKE fordert im Angesicht des Todes zweier Menschen die Abschaffung der Abschiebehaft und als nächsten Schritt, Abschiebehaft nur noch als Ultima Ratio zu verhängen. Insbesondere dürfen besonders schutzbedürftige Gruppen – Minderjähri-

ge, Schwangere, psychisch und körperlich kranke sowie alte Menschen – nicht in Abschiebehaft genommen werden. Darüber hinaus fordert DIE LINKE generell auf die Abschiebehaft für Frauen zu verzichten, denn es besteht nur die Alternative, entweder zusammen mit Strafgefangenen eingesperrt oder in totaler Isolation inhaftiert zu sein.

Abschiebehaft ist und bleibt eine tödliche Falle! Alle Maßnahmen zur besseren Ausgestaltung oder auch zur restriktiven Verhängung von Abschiebehaft ändern daran nichts. David M. und Yeni P. haben sich nichts anderes zu Schulden kommen lassen, als nach Deutschland gekommen zu sein. Der Tod dieser beiden Menschen sollte mahnen: Abschiebehaft gehört abgeschafft. Und was in der Verantwortung Hamburgs liegt, nämlich die Abschiebehaft zurückzubauen und über Bundesinitiativen abzuschaffen, das muss Hamburg auch tun.

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Öffentlichkeit und allen parlamentarischen Gremien die Frage nach der politischen Verantwortung und den Strukturen, die beide Suizide in Hamburger Abschiebehaft verursacht haben, gestellt und sich für deren Veränderung eingesetzt. Zuletzt hat die Fraktion das Thema auf die Tagesordnung der Bürgerschaft am 3. Juni gesetzt.



Hamburgs Haushaltsdesaster

Von Joachim Bischoff

Der Hamburger Haushalt ist – wie der Bundeshaushalt – ein Desaster. Die Wirtschaftskrise und die Steuersenkungen des vergangenen Jahrzehnts haben dazu geführt, dass Hamburg einen wachsenden Schuldenberg vor sich herschiebt: einschließlich der Schattenhaushalte bis zu 36 Mrd. Euro bis 2013. Im Betriebs- und Investitionshaushalt klafft ein strukturelles Defizit von 500 Mio. bis 1 Mrd. Euro, das bis 2013 nur durch massive Neuverschuldung und Verpulverung der restlichen städtischen Reserven in Höhe von 1,8 Mrd. Euro geschlossen werden kann. Angesichts dieser Situation ist eine Haushaltssperre unvermeidlich, ansonsten droht Hamburg die Herabstufung der Kreditwürdigkeit und im schlimmsten Fall die Zahlungsunfähigkeit. Dem muss ein Kassensturz folgen, in den auch die Sondervermögen und die städtischen Unternehmen einzubeziehen sind.

Ein schonungsloser Kassensturz würde bedeuten:

1. alle Investitionsprojekte auf den Prüfstand

zu stellen: hinsichtlich ihrer tatsächlichen Herstellungskosten sowie der laufenden jährlichen Betriebskosten, die nach Fertigstellung anfallen. Dies betrifft z.B. Elbphilharmonie, Doppelrennbahn, A7-Deckel, diverse Verkehrsprojekte (Hafenquerspange, Wilhelmsburg etc) und die Elbvertiefung.

2. die Sondervermögen auf ihre tatsächliche Lage und Risiken für den Haushalt zu überprüfen.

3. die Betriebsausgaben auf verzichtbare Positionen zu durchforsten, z.B. auf Belastungen, die sich aus den „Leuchtturmprojekten“ oder den Sondervermögen (Zinsen oder Kosten aus Mietverpflichtungen in der Hafencity) ergeben und auf sonstige überflüssige Posten (Hamburg-Werbung, Eventkultur z.B. bei Sportveranstaltungen).

4. die Lage der städtischen Unternehmen einzubeziehen – etwa die tatsächlichen Belastungen der Unternehmensholding (HGV) und des Pensionsfonds durch weitere Abschreibungen bei der HSH Nordbank oder die wirtschaftlichen Situation der Hafenwirtschaft.

Im Ergebnis muss dann innerhalb der Betriebsausgaben umgeschichtet und bei den Investitionen müssen neue Prioritäten festgesetzt werden: Projekte, die den städtischen Haushalt durch Herstellungs- und Betriebskosten belasten und für die Regionalwirtschaft nur bescheidene Effekte haben, müssen gestrichen, andere Projekte gestreckt werden. Neue Projekte, die für den dringend notwendigen Umbau der Hamburger Wirtschaft zwingend sind Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, soziale Infrastruktur und Wohnungsbau – müssen auf den Weg gebracht werden.

Wir bleiben dabei: Aus der Krise kann man sich nicht herausparen. Ein sofortiger Verzicht auf Neuverschuldung ist nicht möglich, weil das eine Abwärtsspirale aus Haushaltskürzungen und Steuermindereinnahmen auslöst. Deshalb sind Stellenabbau und Rotstiftpolitik in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik volkswirtschaftlich schädlich und verschärfen zudem die soziale Spaltung. Auch öffentliche Investitionen sind unverzichtbar, müssen aber der Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und dem Umbau der Hamburger Wirtschaft dienen – nicht der Bedienung der Interessen der Besserverdienenden. Dadurch generiert Hamburg auch wieder wachsende Steuereinnahmen, die eine Begrenzung der Neuverschuldung möglich machen.

Eine strukturelle Lösung der Verschuldung ist zudem nur durch eine andere Steuergesetzgebung auf Bundesebene möglich, z. B. durch die Einführung der Vermögenssteuer, die die Steuerkraft von Ländern und Kommunen stärkt und ihnen perspektivisch die Rückzahlung von Schulden erlaubt. Die Tabuisierung der Einnahmepolitik bei den öffentlichen Finanzen ist nicht länger tolerierbar. Nur durch Belastung der Reichen, der BürgerInnen mit höheren Einkommen und Vermögen kann es auch auf Länderebene – also auch in Hamburg – geordnete öffentliche Finanzen geben.

Die Zukunft ist erneuerbar!



Atomkraft abschaffen!

Energiekonferenz 3./4. September

„Die Fabrik“
Hamburg-Altona

Kontakt: energiekonferenz@linksfraktion-hamburg.de
Infos: www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz

Gestaltung: www.deea.net
V.i.S.d.P. Roman Denter, Fraktion DIE LINKE, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

DIE LINKE.

Fraktionen im Hessischen, Niedersächsischen und Schleswig-Holsteinischen Landtag, in der Bremischen und Hamburgischen Bürgerschaft und im Bundestag

Impressum:

Newsletter der Fraktion DIE LINKE in

der Hamburgischen Bürgerschaft

Redaktion: Martin Bialluch (V.i.S.d.P)

Mitarbeit: Dora Heyenn, Christiane

Schneider, Norbert Hackbusch, Joachim

Bischoff, Mehmet Yildiz, Bela Rogalla

Layout: Zdravko Sisic; Auflage: 1500

Redaktionsschluss: 9.6.2010

Fraktion DIE LINKE in der

Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1; 20095 Hamburg

Telefon 040 / 42 831 - 22 50

Fax 040 / 42 831 - 22 55

Email: info@linksfraktion-hamburg.de

Sprechzeiten Mo. – Fr. 10-13 & 14-16 Uhr